

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Riesa 1590
Stroßacker:
Riesa Nr. 52.

Nr. 28.

Dienstag, 3. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Hintritts vom Produktionsvertrage, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 50 mm breite, 7 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Beilagen: "Kämpfer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ulfemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Der 10. Reichslandbundtag in Berlin. Der Reichslandbund fordert Rücktritt der Regierung.

Berlin. Den 10. Reichslandbundtag im Zirkus Busch am 2. Februar eröffnete der Präsident des Reichslandbundes, Reichslandbundespräsident, mit kurzen Begrüßungsworten. Nach einem Vergleich mit der Zeit vor 28 Jahren, als der Bund der Landwirte im Kampfe gegen die kaiserliche Regierung wegen der Agrarischen Miswirtschaft stand und entschiedenen Rückkehr zur Bismarckschen Schutzpolitik forderte, betonte er, daß der Kampf heute erheblich schwerer als damals sei, denn heute sei eine Regierung am Ruder, die dem politischen Einfluß der Parteien unterstehe. Der Parlamentarismus verhindere jegliche Arbeit. Die letzten zehn Jahre Agrarpolitik seien in ihrer ganzen Entwicklung für die Landwirtschaft getrennt und schuld an dem Niedergang unserer gesamten Wirtschaft. Man habe der Landwirtschaft Tür und Tor geöffnet und nichts getan, um den deutschen Markt zu schützen. Es sei tief bedauerlich, daß sich die Industrie im Kampf um den heimischen Markt von der Landwirtschaft getrennt habe und sich die Industrie von der Reichsregierung habe garantieren lassen, während die Landwirtschaft gänzlich ungeschützt gelassen sei. Auch die Maßnahmen, die vom Jahre 1929 an unternommen wurden, seien nur Teilmaßnahmen gewesen, denen ein durchgreifender Erfolg verweigert geblieben sei. Insbesondere unsere Milch- und Buttererzeugung und die deutsche Rindvieh- und Schweinezucht, auch Obst- und Weinbau hätten unter dem Einfluß der Auslandskonkurrenz schwere Preisrückgänge ertragen müssen. Welt schwerer als dies in den 90er Jahren der Fall gewesen sei. Die Auswirkung heute sei größer und verhängnisvoller, weil die Löhne viermal höher seien. Die Regierung habe es unterlassen, unter Rücksichtnahme auf die Parteivünsche, die Forderungen des Reichslandbundes in eine der erlassenen Notverordnungen mit hineinzunehmen. Der 10. Reichslandbundtag müsse deshalb sofortige Hilfe auf den ungeschützten Gebieten fordern.

Anschließend hielt der Präsident des Reichslandbundes,

Graf von Kaldreuth,

das Hauptreferat. Er führte u. a. aus: Sehn Monate seien seit dem Tage der Oberkassierung des Reichspräsidenten verstrichen. Das Kabinett Brüning habe manches für die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft getan; aber der Erfolg sei ihm verweigert geblieben. Ein schlechter Trost sei die Entschuldigungsverantwortung der Landwirtschaft. Trotz des sich daraus ergebenden Druckes sei es aber möglich, der deutschen Landwirtschaft rentable Preise zu sichern. Erfolge die rettende Tat nicht, dann müsse die deutsche Landwirtschaft diesem Kampfe zerschlagen werden, weil sie geschwächt sei durch Krieg, Inflation und jahrelange Miswirtschaft und vorbelastet durch Steuern und soziale Lasten in einem Ausmaß, wie es das Ausland nicht kenne.

Erfolge aber die deutsche Landwirtschaft, sei ganz Deutschland verloren.

Auf dem Gebiet der Getreideproduktion sei der Druck der Auslandsware von der Reichsregierung im ganzen mit Erfolg abgewehrt worden. Auf dem Gebiet von Milch und tierischen Erzeugnissen habe es die Reichsregierung bisher nicht vermocht, sich die zum wirkungsvollen Schutz der heimischen Produktion notwendige Bewegungsfreiheit durch ein Ermächtigungsgesetz zu verschaffen. Das Beträumte sofort nachzuholen sei daher dringende Aufgabe.

Mit Bedauern wies Graf von Kaldreuth darauf hin, daß der Reichsverband der deutschen Industrie in den letzten Wochen sein Mittel unverändert gelassen habe, der Landwirtschaft bei der Schaffung der praktischen Vorbedingungen für die Wiedererlangung der landwirtschaftlichen Rentabilität Steine auf den Weg zur Rettung zu legen. In der Inflationszeit seien im reinen Industrieexportinteresse eine Reihe von Handelsverträgen abgeschlossen worden, die gerade die intensivste Form deutscher Landwirtschaft, den Gemüse-, Gärtnerei- und Obstbau, sowie die Geflügelwirtschaft, der Schutzwirkung des Auslandes preisgaben. Nur durch Lösung dieser Bindungen sei es möglich, wirksamen Schutz zu schaffen. Dabei müsse auch der sogenannte Senfer Zollstreben, der versuche, diese unhaltbaren Zustände zu stabilisieren, ebenso wie der politische Handelsvertrag von Deutschland abgelehnt werden.

Neben der Notwendigkeit der Rückdrängung der ausländischen Lebensmittelfuhr stehe die Notwendigkeit, einen Ausgleich zu schaffen zwischen Angebot und Nachfrage deutscher Waren auf dem deutschen Markt. Auch hier seien die Maßnahmen der Regierung völlig unzureichende Wege gegangen oder hätten die vorhandenen Möglichkeiten überhaupt ungenutzt gelassen. Obwohl die Reichsregierung das Nachmittels des Verwendungsmangels für inländische tierische Fette in der Hand habe, habe sie es nicht vermocht, die Warenverkehrsbeschränkung zu einer Verwendung deutschen Erzeugnisses in dem gleichen Umfange wie in der Vorkriegszeit zu zwingen. Stärker noch habe die Reichsregierung in der Verteilung der heimischen Produktionskräfte verlagert. Die einzig wirksame Maßnahme, der Weltmarktschwung vom Roggen zum Weizenmehl unter Mühlenkontrolle, sei bisher nicht in die Tat umgesetzt worden. Auf diese Weise sei der größte Teil der deutschen Roggenernte vom Landwirt zu Preisen veräußert worden, die noch unter Vorkriegs-

preisen liegen. Das von der Regierung angeregte System der Roggenmagazinierung sei im Prinzip richtig und könne, wenn es zweckmäßig angewendet werde, in Verbindung mit der Roggenmehlbemischung für den Roggenmarkt in den Monaten, in denen der Landwirt seine Ware auf den Markt bringen müsse, eine wirkungsvolle Stütze sein. Dadurch, daß die Reichsregierung unter Verzicht auf härteren Zwang der Bevölkerung zu Roggenverzehr im Form von Brot sich im wesentlichen darauf beschränke, den Roggen der Bevölkerung an die Schweinemäuler in Westdeutschland zuzuführen, sei ein hartes Notverbot zur Vermeidung unserer ansehnlich großen Kartoffelernte dieses Jahres verküppelt worden. Auch die zweite Absatzmöglichkeit für die große Kartoffelernte des Ostens durch höchstmögliche Einkaufung industrieller Kartoffelverwertung habe die Reichsregierung nicht ausgenutzt. Während der preußische Landwirtschaftsminister im Lande umherziehe und die Notwendigkeit eines 100prozentigen Brennrecht propagiere, lehne die preußische Regierung im Reichsrat eine Erhöhung des Brennrechtes ab. Diese Zweipoligkeit sei typisch für die heutige sozialistische preußische Staatsregierung, die sich bemühe, die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen nach Möglichkeit zu sabotieren, getrieben von dem politischen Ziel, den Großgrundbesitz des Ostens zu vernichten.

Die Händler- und Großstadtpreise werde der Landwirtschaft vor, daß sie ohne Rücksicht auf die Notlage des Volkes Preise fordere, die in einem völligen Mißverhältnis zu den Marktpreisen im Ausland ständen. Die Landwirtschaft erhalte aber für die von ihr auf den Markt gebrachten Waren nur etwa 10 bis 11 Milliarden Mark, während der Verbraucher für dieselben Waren 25 Milliarden Mark zahle. In dieser ungeheuren Spanne lägen noch starke Preisbilligungsmöglichkeiten, die im Interesse der armen Schichten ausgenutzt werden könnten.

Selbstverständlich sei die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität nicht lediglich durch Erhöhung der Einnahmen, sondern auch durch Senkung der unerträglich hohen gewordenen zwangsartigen Ausgaben zu erreichen. Die Steuern und Lasten, welche heute die Landwirtschaft in ungleich höherem Verhältnis, besonders in Form von Grundsteuern, Schul- und Wegeausgaben zu zahlen habe, müßten auf ein erträgliches Maß gesenkt werden. Auch auf diesem Gebiet sei bisher nichts Durchgeführtes geschehen. Nicht einmal für den notleidenden Osten sei eine generelle Lastensenkung und das vom Reichslandbund geforderte Steuererleichterung durchgeführt worden. Die in dem Dittschgesetz vorgesehenen Einzelbetriebsbeiträge seien ein Verb der Korruption.

Der Reichslandbund sei der Auffassung, daß die Kontrolle und Durchführung der Umschlüsse lediglich in die Hand des Berufsstandes gelegt werden müsse. Jedes Dittschgesetz bedeute aber einen Schlag ins Wasser und Vergebung von Mitteln der Allgemeinheit, wenn es nicht begleitet werde von grundlegenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität.

Wier große Aufgaben müßten sofort der Lösung entgegengeführt werden, wenn nicht Deutschland rettungslos der völligen Katastrophe entgegenreife solle:

1. Rettung der Landwirtschaft vor dem völligen Erliegen. Mit Lösung dieser Aufgabe wird auch die heute vorrangigste erscheinende Aufgabe Wiedererschließung der fünf Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozess am meisten gefördert werden.
2. Befreiung der deutschen Wirtschaft von den Fesseln des Hungerschlages.
3. Abbau der die Hälfte des Arbeitsverdienstes des deutschen Volkes aufzehrenden Ausgaben der öffentlichen Hand.
4. Umstellung der gesamten sozialen Fürsorge auf ihrer heutigen Form, in der sie nicht nur einen Anreiz, sondern geradezu in vielen Fällen einen Zwang zur Arbeitsenthaltung bedeutet. Noch sind nennenswerte Erfolge auf keinem Gebiete erzielt. Ich glaube auch nicht, daß die Regierung Brüning in ihrer jetzigen Zusammensetzung und nach ihrer bisherigen Arbeitsmethode eine dieser Aufgaben wirklich lösen wird.

Wer in so schicksalsschwerer Zeit vor so schier unüberwindlich schweren Aufgaben steht, muß, wenn er sein Vaterland retten will, Entschluß und Kraft finden, aus eigener Verantwortung zu handeln. Die Regierung Brüning aber hat es bisher nicht verstanden, sich aus parteipolitischen Fesseln zu lösen, obwohl die Form ihrer Berufung durch den Herrn Reichspräsidenten ihr die Handhabe dazu bot. Die Regierung Brüning hat es auch nicht verstanden, nach den Wahlen zum 14. September die stark auflodernde nationale Bewegung in ihrem nationalen Willen und ihrer Opferfreudigkeit für das Vaterland zu erkennen, um in ihr eine Stütze für notwendige, aber zwangsläufig unpopuläre Geländungsmaßnahmen zu suchen. So ist das Kabinett in immer steigendem Maße abhängig geworden von denjenigen parlamentarischen Kräften, die an eine energische und glänzende Lösung der großen Aufgaben gar nicht heranzugehen können, weil sie nur zu lässig sind unter einem völligen Druck mit der nachrevolutionären Außenpolitik, die ihre vornehmste Aufgabe darin sieht, das deutsche Volk in Unklarheit zu lassen über die wirtschaftlich und politisch verwickelteste Lage, in der es sich befindet.

Über dem deutschen Volke nicht die Augen öffnen darf darüber, daß die Revolution 1918 das größte Verbrechen war, daß sie am deutschen Volke begangen wurde, weil nicht die Träume zerschlagen darf, daß die Lasten eines verlorenen Krieges und eines feigen Friedens nicht von der breiten Schicht des ganzen Volkes getragen werden müssen, sondern der heute leider in Deutschland so gut wie nicht mehr vorhandenen Gruppe der Kapitalisten aufgebürdet werden können, wer nicht mit dem Grundgesetz brechen darf, daß nur ein willenloses Schicksal vor dem Diktat des Siegers das Heil der Besiegten ist, der kann nicht die Grundlagen schaffen, auf denen eine rückwärtslose wahre Regierung das Volk heraufzuführen aus dem Land der Träume in das der taubenden Wirklichkeit mit all ihren harten Notwendigkeiten.

Der Reichslandbund aber wird seinen Kampf um die Rettung der Landwirtschaft und damit auch die Rettung des deutschen Volkes ohne Bindung an Parteien durchführen. Er wird die Wirtkämpfer in seinem Kampf für die heimische Scholle überall da suchen, wo er den entschlossenen Willen zur Tat und klare Erkenntnis der Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Landwirtschaft findet.

Wir wissen, daß dieser Kampf angesichts der starken Kräfte, die sich entgegenstellen, ein unabweisbar schwerer sein wird. Wir wissen, daß er nicht von heute auf morgen zum vollen Erfolge führen wird. Darum muß der einzelne Landwirt sich heute privatwirtschaftlich so einstellen, daß in den kommenden Wochen und Monaten es für ihn nur eine Parole geben darf: Erhaltung seiner und seines Betriebes Ertrags, bis nach erträglichem Siege die wiedergewonnene Aussicht auf Rentabilität ihm neue Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Entfaltung gibt.

Doch wissen wir, daß die deutsche Landwirtschaft in den Jahren des Krieges in mancher wirtschaftlichen Beziehung, so z. B. in der Regelung des Absatzproblems, in Standardisierung ihrer Waren und in der Produktion von Markenwaren hinter der Landwirtschaft des Auslandes zurückgeblieben ist, weil diese, gestützt auf die unabweisbaren Gewinne, die der Krieg ihr unverdient in den Schoß warf, diese Aufgaben löste, während die deutsche Landwirtschaft unter dem Druck des Krieges und der Zwangswirtschaft litt. Aber es wäre ein Verbrechen, heute an die Lösung dieser Aufgaben heranzutreten, wenn nicht zu gleicher Zeit von der Regierung durch Erfüllung der oben von mir gekennzeichneten Aufgaben die Sicherheit gegeben wird, daß diese neu zu übernehmenden Risiken auch wirklich Aussicht auf Erfolg bieten.

Deute darf die neue Aufgabe der produktiven Umformung und der systematischen Absatzregelung nur dann mit voller Kraft von der Landwirtschaft aufgenommen werden, wenn ihr die geforderten Sicherheiten geboten sind. Bis dahin aber heißt es, äußerste Zurückhaltung wahren und unter Zurückstellung aller nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben nur die eine Aufgabe zu sehen, den Betrieb in den nächsten Monaten nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Deswegen wird auch jeder Landwirt, der seine Kreditmöglichkeiten erschöpft sieht — und das dürfte heute die große Masse der Landwirte des Ostens sein — sich, ehe er sich der letzten Wärmittel durch Steuerzahlung beraubt, die Frage vorlegen müssen: Kannst Du dann auch noch die Fortführung Deiner Wirtschaft notwendigen Wärmittel bis zur neuen Ernte sicherstellen, wenn nicht, dann ist es Pflicht jedes Landwirts, im Rahmen der gesetzlich zulässigen Mittel alle Hebel anzusetzen, um nicht durch Steuerzahlung sich der Möglichkeiten der Erhaltung seines Betriebes zu berauben.

Die Erhaltung der Produktionsfähigkeit der ihm von Gott anvertrauten Scholle ist heute die erste, wichtigste Pflicht des Landwirts dem Vaterland gegenüber, weil die Vernichtung der Produktionskraft heimischer Erde den Tod des Volkes bedeutet. Wir Landwirte alle aber, ob groß, ob klein, ob in Ost oder West, Nord oder Süd, wollen in einmütiger Geflossenheit hineingehen in den schwereren Kampf, den das Schicksal entscheidet, nicht nur für uns und unsere Kinder, der ein Schicksalskampf wird für die deutsche Scholle, für das deutsche Vaterland. Reiner darf heute mutlos den Kopf sinken lassen und sich der Verzweiflung hingeben.

Gib nie dein Vaterland verloren,
Verlier dich selbst nicht, halte stand,
dann wirst Du immer neu geboren
und immer neu dein Vaterland.

Nach den Ausführungen des Grafen von Kaldreuth hielt der Präsident des Reichslandbundes, Bauernhofbesitzer Bethge, die Schlußansprache, in der er u. a. ausführte: Die Regierung Brüning hat sich nicht zu dem Erkenntnis durchringen können, daß die Ursache des Unglücks für Deutschland in einer überstarken Industrialisierung und in der einseitigen Bevorzugung der Export- und Großhandelsinteressen liegt.

Die Regierung Brüning hat sich nicht die notwendigen Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß Deutschland ohne eine lebensfähige starke Landwirtschaft dem Untergang entgegenzueilen muß.

Ich stelle nochmals fest, daß die Regierung Brüning vom Herrn Reichspräsidenten dazu eingesetzt war, seinen in der Märzpolitik zum Ausdruck gebrachten Willen, nämlich schnellsten Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft